

## ÜBERREGIONALE ZUSAMMENARBEIT

### Regionale Verantwortung...

Verfehlte Raumplanung, fehlende Förderrichtlinien und Bedarfsprüfungen bei der öffentlichen Mittelvergabe und Proporz-diktierte Versorgungspolitik für rotes und schwarzes Ortskaisertum haben uns dorthin gebracht, wo wir heute (an)stehen: Zunehmende Verkehrsbelastung, Umwelt- und Luftvergiftung, Versiegelung wertvoller Flächen, Standort schädigende Konkurrenz zwischen den Gemeinden bringen nicht nur konkrete Probleme für die Menschen, die im Ballungsraum Graz und Umgebung leben, sondern auch viele Fehlinvestitionen in teure Infrastrukturen mit sich.

### ...statt Gemeindezwangsfusion

Die geplanten Gemeindegemeinschaften werden als Lösung für all diese Probleme gehandelt, jedoch über die Umsetzung ist man sich uneinig. Das Einsparungspotenzial durch Strukturreformen (Verwaltung und regionale Strukturen) und Effizienzsteigerung werden als Argument für die Fusionen angeführt, strukturelle oder räumliche Faktoren werden kaum bedacht, auch eine Beteiligung der betroffenen BürgerInnen steht nicht zur Debatte. Von Seiten der Stadt gibt es zwar theoretisch die richtigen Ansätze, im zuletzt beschlossenen STEK 4.0 auch nachzulesen, allerdings passiert ist bis jetzt nichts.

### **DAS GRÜNE GRAZ SCHAUT AUCH ÜBER DIE STADTGRENZEN HINAUS**

- » Wir Grüne sind davon überzeugt, dass eine vermeintlich „simple Fusion“ nicht die Lösung für die großen Themen des Ballungsraumes Graz und Graz-Umgebung ist. Eine Reform „von oben herab“ zu verordnen, ruft zwangsläufig den Widerstand von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, sowie der Bevölkerung hervor und verhindert eine wirklich nachhaltige Veränderung von Haltungen und die Etablierung neuer, sinnvoller Strukturen.

### GERECHTIGKEIT INNERHALB DER STEIERMARK

Damit die Region abgestimmt und mit einer gemeinsamen Perspektive gesteuert werden kann, müssen entsprechend den positiven Beispielen aus Deutschland und der Schweiz folgende Regeln eingehalten werden:

- » Aktive Einbindung der Betroffenen: Eine starke und verbindliche regionale Zusammenarbeit braucht die aktive Beteiligung und Einbindung der Betroffenen. Freiwilligkeit und Gleichberechtigung werden vom deutschen FORUM Städtenetze mit über 35 Städtenetzwerken und 100 beteiligten Städten als wichtigste Erfolgskriterien genannt. Eine Verordnung von oben führt in die Sackgasse oder verursacht viele leere Kilometer.
  - » Gemeinsame Ziele, Vorstellungen über den Prozess und der entsprechende zeitliche Horizont müssen zwischen allen betroffenen Akteurinnen und Akteuren übereinstimmen.
  - » Gemeinsame Strukturen in Kernthemen: Kernthemen, die sich aus der ökologischen Dringlichkeit, die wiederum gleichzeitig in Raumplanung und im Verkehr verankert ist und aus der demografischen Entwicklung der Bevölkerung ergeben, bedürfen der Bereitschaft, die eigenen Kompetenzen zugunsten gemeinsamer Entscheidungsstrukturen aufzugeben.
-

## KOOPERATIONEN

Graz-Umland ist eine Region, in der sich ökologisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich enorme Herausforderungen auftun, sich die mangelnde Kooperationsbereitschaft und Unverbindlichkeit der letzten Jahre aber schon spürbar rächen. Zersiedelung und individueller Verkehr nehmen zu und der soziale Zusammenhalt innerhalb der Gemeinden ab. Verschiedene Handlungsfelder sind aber auch eine Chance für die Zusammenarbeit, wie z.B. die regionale Raumplanung, Mobilität- und Verkehrsplanung, Gesundheit und Pflege, Abfallwirtschaft u.v.m. Um eine fruchtbare Zusammenarbeit zu ermöglichen, bedarf es einiger Regeln.

Wir Grüne fordern:

- » strengere Raumordnungsspielregeln, die Zersiedelung unterbinden
  - » die Regulierung von Mobilität und Siedlungswesen nach ökologischen Zielsetzungen, statt nur dem zu erwartenden Trend nachzubauen
  - » eine Stadt- und Raumplanung nach den Kriterien einer ausgewogenen Funktionsmischung - im Sinne von Leben - Lernen - Arbeiten - Erholen und möglichst kurze Wege mit dem Effekt einer funktionierenden Nahversorgung
  - » die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs nach transparenten, gerechten Kriterien
  - » den Ausbau des überregionalen öffentlichen Verkehrs als Beitrag für eine sozial und ökologisch verträgliche Mobilität
  - » Mobilität steuernde Abgaben und Förderungen (Nahverkehrsabgabe, neu gestaltete Pendlerpauschale)
  - » ein übergeordnetes, demokratisch legitimiertes Regionalparlament, in dem die Entsendeten aus den Gemeinderäten der betroffenen Gemeinden und Städte, Aufgaben von regionaler Bedeutung beraten und entscheiden
  - » die Einführung einer Zweitwohnsitzabgabe
  - » die Entwicklung von Abgaben- und kommunalsteuerlichen Anreizen zur wirtschaftlichen Kooperation statt wirtschaftliche Konkurrenz zu fördern
  - » die Umsetzung einer Grundsteuerreform
  - » Anreize im Finanzausgleich zur Förderung von Kooperationsprojekten
  - » das Zusammenwirken von Städten und Gemeinden bei der Planung und Finanzierung großräumiger infrastruktureller Maßnahmen
-